

Auslaufmodell Erdgas

Bei der Energieversorgung lässt sich die EU zu sehr unter Druck setzen - die Bedeutung russischer Exporte wird überschätzt

Jedes Jahr erleben wir in der Energiedebatte das gleiche Ritual. Je kühler die Außentemperatur, desto hitziger die Auseinandersetzungen über die Versorgungssicherheit beim Erdgas. Im Mittelpunkt stehen dabei Russland und die Sorge um eine zunehmende Verwundbarkeit Deutschlands oder der Europäischen Union. Vieles spricht dafür, dass die Debatten in den kommenden Monaten noch leidenschaftlicher geführt werden als üblich. Anfang November ist die deutsch-russische Ostseepipeline in Betrieb gegangen. Bis Ende des Jahres muss sich Aserbeidschan entscheiden, ob es dem europäischen Vorzeigeprojekt Nabucco die dringend benötigten Gasmengen zuteilen wird. Und speziell in Deutschland gehen viele Politiker davon aus, dass der Erdgasbedarf infolge des Atomausstiegs deutlich ansteigen wird. Es ist deshalb an der Zeit, einige populäre Gewissheiten zu hinterfragen.

So ist es trotz der angestrebten Energiewende sehr unwahrscheinlich, dass der Gasverbrauch in Deutschland wachsen wird. Erdgas wird hierzulande weniger zur Stromproduktion, sondern vor allem zum Heizen verwendet. Umfangreiche Investitionen in die Gebäudedämmung werden den Bedarf zukünftig stark reduzieren. Vor diesem Hintergrund ist es für die Versorgungssicherheit Deutschlands auch relativ unproblematisch, dass der Marktanteil russischen Gases nach Eröffnung der Ostseepipeline weiter ansteigen dürfte. Anders als viele osteuropäische Staaten verfügen wir nicht nur über große Speicherkapazitäten, wir sind innerhalb Europas auch gut vernetzt. Im Krisenfall wäre es leicht möglich, Gas aus anderen Herkunftsregionen nach Deutschland zu bringen.

Die größten Fehleinschätzungen der Debatte aber gehen auf die Gleichsetzung von Versorgungssicherheit und Energieaußenpolitik zurück. Vor allem die Bedeutung zusätzlicher Importpipelines wird überschätzt. Sicherlich, Politik braucht eingängige Symbole, europäische Politik erst recht. Pipeline-Großprojekte lassen sich auf Landkarten anschaulich darstellen, ihre Realisierung erfordert zwischenstaatliche Verhandlungen. Doch die Wahrnehmung eines europäischen Referenzprojekts wie Nabucco bleibt gerade deshalb stark im geopolitisch-großräumlichen Denken verhaftet. Eine Gruppe von Produzenten-, Transit- und Verbraucherländern schließt sich zusammen, um einen neuen Rohstoffkorridor durch die Türkei in den Kaspischen Raum zu eröffnen, vorbei an Konkurrenten und potentiellen Störenfriede, immer in gespannter Erwartung russischer Interventionen und des Verrats im eigenen Lager.

Als zentrale Bedrohung für Nabucco erscheint die russische South Stream-Pipeline, die in Südosteuropa zum Teil dieselben Länder durchquert und in deren Planung auch Energieversorger aus der EU eingebunden sind. Dieser scheinbare Pipeline-Wettlauf bildet den Kern einer Erzählung, die sich in Politik und Medien großer Beliebtheit erfreut, die aber mit den energiewirtschaftlichen Fakten kaum in Einklang zu bringen ist.

Pipelinepolitik ist vor allem Ankündigungspolitik. Nur ein kleiner Teil der diskutierten Projekte erreicht die Bauphase. Viele Pipelines, die zu Planungsbeginn noch lukrativ erschienen, werden heute kritischer bewertet.

Der Gasverbrauch ist in den vergangenen Jahren auch nicht gestiegen, entgegen den zum Teil drastischen Prognosen der Energiekonzerne. Durch den unvorhergesehenen Boom des unkonventionellen Erdgases herrscht heute ein Überangebot auf dem Markt. Sollten die EU-Mitgliedsstaaten zudem ihre klimapolitischen Ziele tatsächlich umsetzen, wird Erdgas mittel- bis langfristig gar zum Auslaufmodell.

Der Baubeginn von Nabucco und South Stream wurde in den vergangenen Jahren immer wieder verschoben. Die beiden Projekte blockieren sich aber nicht zwangsläufig gegenseitig. Nabucco fehlen nach wie vor belastbare Lieferverträge. Der South-Stream-Pipeline, die de facto nicht der Lieferung zusätzlicher Mengen russischen Erdgases, sondern der Umgehung der Ukraine dient, mangelt es an ökonomischer Rationalität. Dass sich bei beiden Pipelines substanziell wenig bewegt, wird aber durch eine Vielzahl von Abkommen, Konferenzen und Beteiligungsverträgen verdeckt. So liefert der kürzlich angekündigte Beitritt von Bayerngas zum Nabucco-Konsortium zwar Stoff für Spekulationen über ein stärkeres Engagement der deutschen Politik. Die Realisierung von Nabucco aber wird dadurch keinen Schritt näher rücken.

Im symbolischen Pipelinewettlauf geht die russische Gazprom besonders geschickt vor, unterstützt vom Kreml und westlichen PR-Agenturen. Deren Kommunikation zielt darauf, in der EU massive Zweifel an der Realisierbarkeit von Nabucco zu streuen - und damit am Erfolg der europäischen Diversifizierungsbestrebungen insgesamt. Zugleich soll das Bild vom potenten russischen Energieriesen stabilisiert werden. Der nervösen europäischen Öffentlichkeit wird vermittelt, dass jeder Teilerfolg des Nabucco-Konsortiums mühelos durchkreuzt werden kann. Da wird die geplante Kapazität von South Stream urplötzlich auf das Doppelte der von Nabucco anvisierten Menge erhöht. Unbedeutende Abkommen Russlands mit der Türkei und Aserbaidshans lassen Zweifel an deren Unterstützung für Nabucco aufkommen. Zuletzt genügte den Medien die angekündigte Kooperation von Gazprom und dem Nabucco-Anteilseigner RWE, um Nabucco zum wiederholten Male abzuschreiben.

In ihrem Streben nach einer erkennbaren Energieaußenpolitik überschätzt die Europäische Union sowohl die Bedeutung Russlands als auch die von Nabucco. Ein Lieferant, der - entgegen der öffentlichen Wahrnehmung - lediglich 25 Prozent des EU-Gasbedarfs deckt, sollte nicht in der Lage sein, ein gut organisiertes Europa wirksam unter Druck zu setzen. Eine zusätzliche Importpipeline ist dabei nur eine Option unter vielen. Selbst während der letzten Ukraine-Krise

war genügend Gas in Europa vorhanden, es konnte nur nicht ungehindert nach Südosteuropa fließen. Viel wichtiger als komplexe Großprojekte wären deshalb die Errichtung zusätzlicher Flüssigerdgas-Terminals und Gasspeicher, der Ausbau der Pipeline-Verbindungen zwischen den EU-Mitgliedsstaaten sowie europaweit einheitliche Krisenreaktionsmechanismen. Dies zu realisieren, liegt allein in der Hand der Europäer. Es wäre weit effektiver, als den Blick stets nur nach außen zu richten.

Oliver Geden, 40, ist Experte für EU-Energiepolitik bei der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) in Berlin